



Liebe Leserinnen und Leser,



das Jahr 2017 wird mit den Wahlkämpfen in Land und Bund spannend und herausfordernd. Vielfach wurde im vergangenen Jahr bereits vom „postfaktischen Zeitalter“ gesprochen, in dem Fakten gegenüber Gefühlen eine untergeordnete Rolle spielen und populistische Parolen vorangestellt werden. Ich hoffe, dass in unseren Wahlkämpfen in diesem Jahr der ehrliche Wettstreit der Parteien um ihre politischen Ideen im Vor-

dergrund stehen wird. Zunächst stand zum Jahresbeginn ein Wechsel in meinem Mitarbeiterstab an. Ich habe mich sehr gefreut, dass Heike Wermer als CDU-Landtagskandidatin für den Wahlkreis Borken II gewählt wurde. Leider bedeutet dies aber natürlich, dass sie sich von nun an ihrem Wahlkampf widmen muss. Dafür drücke ich ihr fest die Daumen. Mein Team wird zukünftig verstärkt werden von Daniel Schemmer aus Reken, der bereits einige Monate als Praktikant in meinem Bundestagsbüro tätig war. Ab sofort ist er neben meinem Berliner Büro Ihr Ansprechpartner im Wahlkreis und wird ebenso wie Frau Sonst und Herr Metzner in Berlin für Fragen, Anregungen und Wünsche zur Verfügung stehen.

Agrarpolitisch startete 2017 mit

der Internationalen Grünen Woche in Berlin, wie in jedem Jahr ein toller Ort, um den Dialog über landwirtschaftliche Themen voranzubringen. Gerade wir Landwirte im Münsterland sind es, die für einen vernünftigen Dialog auch mit kritischen Stimmen stehen. Umso ärgerlicher empfinde ich die vor einigen Tagen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks gestartete Kampagne der „Neuen Bauernregeln“. Dies ist kein Dialogangebot, sondern Wahlkampf auf dem Rücken der fleißigen Bauernfamilien - und das auch noch finanziert vom Steuerzahler. Ich kann die vielen entrüsteten Reaktionen unserer Landwirte sehr gut nachvollziehen. Mit den besten Grüßen
Ihr

Stärkung der inneren Sicherheit

Der Staat trägt die Verantwortung für die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Nur wer sicher ist, kann in Freiheit leben. Deshalb ist es die Pflicht unseres Staates, die Menschen in Deutschland zu schützen und Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. Nicht zuletzt der furchtbare Anschlag in Berlin kurz vor Weihnachten hat uns gezeigt, dass es keine hun-

dertprozentige Sicherheit geben kann. Und doch gibt es einiges zu verbessern, was wir nun abarbeiten werden. Die Menschen verstehen nicht, warum ein Mann wie der Attentäter Anis Amri, über den so viel bekannt war, sich frei im ganzen Land bewegen konnte. Menschen fragen sich: Was muss ein islamistischer Gefährder eigentlich noch anstellen,

damit der Innenminister ihn aus dem Verkehr zieht bzw. ziehen kann?

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat bereits zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, um die innere Sicherheit in unserem Bundesland zu erhöhen. Fakt ist: Die Sicherheitsstandards sind in den Bundesländern nicht gleich hoch. In Nordrhein-Westfalen verfügen

die Sicherheitsbehörden nicht über die gleichen Befugnisse wie etwa in Bayern. Das darf nicht so bleiben. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere hat vorgeschlagen, wichtige Sicherheitsbehörden im Bund zu zentralisieren. Dafür hat er bereits die erwartbare Kritik aus den Ländern erhalten. Seine Vorschläge sollten jedoch sorgsam erörtert werden. Fest steht: Die Herausforderung des islamistischen Terrorismus erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Das Ziel ist die maximale Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Im Bundestag haben wir Maßnahmen ergriffen, um uns im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität besser aufzustellen. Bis 2020 schaffen wir 10.000 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden, da-

von 7.500 bei der Bundespolizei und 1.300 beim Bundeskriminalamt. Unterstützend soll zudem vermehrt auf Videotechnik gesetzt werden, beispielsweise in Einkaufszentren oder Bahnhöfen. Dadurch werden Straftaten auf der einen Seite verhindert, auf der anderen Seite auch schneller aufgeklärt. Sollte es aber dennoch zu akuten Bedrohungssituationen kommen, haben wir eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut, die in diesen Fällen zum Einsatz kommen soll. Auch hinsichtlich der Flüchtlingsthematik haben wir neue Regelungen beschlossen. Eine Verschärfung des Ausweisungsrechts ist dabei ein erster wichtiger Schritt. So hat jeder Asylbewerber



sein Gastrecht verwirkt, wenn er in Deutschland eine schwere Straftat begeht. Aber auch allgemein ist eine Residenzpflicht geplant. Das heißt, dass verschärfte Wohnsitzauflagen für Asylbewerber herrschen, die über ihre Identität täuschen. Wir benötigen ein allgemeines Ein- und Ausreiseregister auf europäischer Ebene, so dass kontrolliert werden kann, ob sich Asylbewerber, die in Deutschland abgelehnt werden, in anderen Ländern der EU erneut um Asyl bemühen.

Gute Brötchen vom Bäcker vor Ort - ohne Hygieneampeln

In der vergangenen Woche diskutierte ich anlässlich eines Betriebsbesuchs mit dem gelernten Bäcker- und Konditormeister Gün-

ther Kremer aus Velen, dem Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft in Borken, Christoph Bruns, und dem Landtagskandidaten für den Wahlkreis Coesfeld I-Borken III, Wilhelm Korth, über die von der rot-grünen Landesregierung geplante so genannte „Hygiene-Ampel“. Voraussichtlich Mitte Februar soll im nordrhein-

westfälischen Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition das Kontrollergesetz verabschiedet werden. Damit sollen lebensmittelherstellende und -verarbeitende Betriebe wie Bäcker oder Fleischer eine Zusammenfassung der Lebensmittelkontrollen in Form einer rot-gelb-grünen Skala ins Schaufenster hängen. Das Betriebsergebnis wird mit einem Pfeil markiert. Für mich kein sinnvolles Vorhaben, denn diese Vereinfachung



sorgt für Pseudo-Transparenz, denn es wird auf jeden Fall Irritationen geben. Letztendlich gefährdet es gerade die kleinen handwerklichen Betriebe, die wir erhalten wollen. Wir entziehen den handelnden Personen unser Vertrauen und setzen sie einer ständigen Kontrolle aus, bei der Momentaufnahmen langfristige Konsequenzen für die Betriebe haben können.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir unsere handwerklichen Betriebe stärken, damit wir auch weiterhin gute Brötchen vom Bäcker vor Ort bekommen. Es geht nicht darum, sich den Kontrollen nicht stellen zu wollen. Aber das Zustandekommen des Betriebsergebnisses im aktuellen Entwurf ist völlig unverhältnismäßig. Laut Christoph Bruns führen ältere Gebäude per se zu einer Herabstu-

fung bei den Kontrollen, unabhängig von der Beschaffenheit im Inneren der Backstube. Auch macht es beispielsweise einen Unterschied, ob die Arbeitskleidung im eigenen Hause oder von einer Reinigung übernommen werde. Das geltende Recht bietet den Überwachungsbehörden alle notwendigen Instrumente, um Hygiene-Verstöße zu ahnden. Dafür braucht es keine Hygiene-Ampel.

Gesetzliche Veränderungen zum Jahresbeginn

Pflegestärkungsgesetz: Statt drei Pflegestufen gibt es jetzt fünf Pflegegrade. In Zukunft werden körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen gleichermaßen erfasst und in die Einstufung einbezogen. Verwaltungvereinfachungen entlasten Versicherte und Pflegebedürftige von Bürokratie. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen wurde der Beitragsatz der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 noch einmal um 0,2 Prozentpunkte angehoben.

Mindestlohn: Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Januar

2017 von 8,50 Euro auf 8,84 Euro brutto je Zeitstunde erhöht. Das Bundeskabinett folgte damit dem Beschluss der Mindestlohnkommission von Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Flexi-Rente: Das Flexirenten-Gesetz ermöglicht den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Wer eine Regelaltersrente bezieht und trotzdem weiterarbeitet, erhöht seinen Rentenanspruch, wenn er weiter Beiträge zahlt.

Hartz-IV-Regelsatz: Zum Jahres-

beginn 2017 stiegen die Leistungen für alle, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Das gilt für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) und die Sozialhilfe nach SGB XII. Das Ge-

setz wurde im Bundestag beschlossen, auch der Bundesrat hat zugestimmt. Am stärksten stiegen die Regelleistungen für Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Seit 1. Januar 2017 erhalten sie 291 Euro statt bisher 270 Euro. Der Regelsatz für Alleinstehende stieg von 404 Euro auf 409 Euro. Auch die anderen Regelsätze stiegen um drei bis fünf Euro.

Kindergeld: Das Kindergeld wurde um monatlich 2 Euro angehoben. Für das 1. und 2. Kind werden nun 192 Euro gezahlt, für das 3. Kind 198 Euro. Ab dem 4. Kind steigt das Kindergeld auf 223 Euro pro Monat.

Kinderzuschlag: Der Kinderzuschlag wurde auf maximal 170 Euro erhöht. Die Leistung wird an Eltern für das in ihrem Haushalt lebende Kind gezahlt, wenn sie mit ihrem Einkommen zwar den eigenen Bedarf decken können, nicht aber den ihrer Kinder.





Besucherguppen aus Borken, Freckenhorst und Münster



Parlamentsdeutsch: Überhang- und Ausgleichsmandate

Aktuell wird darüber diskutiert, dass dem nächsten Bundestag mehr als 700 Abgeordnete angehören könnten, eine Deckelung ist im Gespräch. Grund hierfür sind Überhangs- und Ausgleichsmandate. Jeder Wähler macht bei der Bundestagswahl zwei Kreuze: Ein Kreuz für den Direktkandidaten im Wahlkreis, ein Kreuz für eine Partei. Diese Stimmen haben unterschiedliche Bedeutungen. Während mit der Erststimme ein Kandidat, der sich in einem der 299 Wahlkreise in Deutschland aufstellt, direkt in den Bundestag gewählt wird, entscheidet die Zweitstimme über die Mehrheitsverhältnisse im Plenum. Sie ent-

scheidet also darüber, wie viele der insgesamt 598 vorgesehenen Sitze einer Partei zustehen. Das heißt: Wenn eine Partei 30% der Zweitstimmen gewinnt, entfallen auch mindestens 30% der Sitze im Bundestag auf sie (Ausnahme: 5%-Klausel). Aufgrund dieser Gesamregelung ist es möglich, dass eine Partei durch die Erststimmen mehr Abgeordnete im Bundestag stellt, als ihr aufgrund des Zweitstimmenergebnisses zustehen. Die Anzahl der hieraus entstehenden zusätzlichen Plätze nennt man Überhangmandate. Während dies bis zur Bundestagswahl 2013 noch Gang und Gäbe war, wurden mit der letzten Wahl sogenannte Ausgleichsmandate eingeführt. Sie sollen sicherstellen, dass der Zweitstimmenpro-

porz wieder hergestellt wird, wenn er durch Überhangmandate verzerrt wird. Das heißt: Profitiert eine Partei besonders von Überhangmandaten, werden den Parteien im Parlament gemäß ihres Stimmenanteils über die Zweitstimme Ausgleichsmandate zugewiesen. Dies geschieht so lange, bis das Parlament die Sitzverteilung des Wahlergebnisses wiedergibt. So konnte bei der Bundestagswahl 2013 lediglich die CDU vier solcher Überhangmandate generieren. Um diese im Plenum darzustellen, erhielten alle Parteien zusätzliche Sitze. Daraus ergaben sich dann insgesamt 29 Ausgleichsmandate, sodass dem Deutschen Bundestag zu Beginn dieser Wahlperiode 631 Abgeordnete (aktuell 630) angehörten. (Quelle: Deutscher Bundestag)

Impressum

Johannes Röring MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-75174
Telefax: 030/227-76465

E-Mail:
johannes.roering@bundestag.de
Redaktion: Christoph Metzner